

Kritik und Anregung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **152 (1986)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kritik und Anregung

Afghanistan-Berichterstattung in den Medien

Zu unserem Sonderheft: «Afghanistan 1984/85, Besetzung und Widerstand», **Beilage zu ASMZ Nr. 12, Dezember 1985**, sind uns folgende Stellungnahmen zugegangen:

Betreffend Afghanistan-Berichterstattung von Radio DRS

Nimmt man nur die letzten vier Wochen, so berichtete Radio DRS im «Echo der Zeit» über die militärische Lage in Afghanistan (20.11.), über die Menschenrechtsverletzungen in diesem Land (30.11.) und über die Verurteilung durch die UNO (3.12.). Die halbstündige Sendung «International» vom 1. 12. war ganz der Lage in Afghanistan gewidmet – ausgehend übrigens vom Sonderheft der ASMZ. Ausserdem wurde in zahlreichen Nachrichten-Bulletins über neue Entwicklungen im Zusammenhang mit Afghanistan berichtet.

Die Berichterstattung war also im Verhältnis zur Informationslage (und zur Berichterstattung in der Presse!) ausführlich. Dass sie sachgerecht war, können unsere Hörer bezeugen. Somit können die Leser der ASMZ selber beurteilen, wieweit die Vorwürfe des Chefredaktors der ASMZ zutreffen.

Jean-Paul Rüttimann
Leiter Ressort Ausland, Radio DRS

*

Sehr geehrter Herr Divisionär Seethaler

Ihre einleitenden Worte zur neuen Afghanistan-Broschüre der ASMZ sind verständlicherweise bei Radio und Fernsehen DRS nicht gerne gehört worden. Dass nun sogar eine schriftliche Reaktion erfolgt ist, ist erfreulich – war es doch unser erklärtes Ziel, Afghanistan grössere Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Wenn Herr Rüttimann schreibt, dass Radio DRS zu Afghanistan nicht geschwiegen habe, so hat er damit recht – besonders, was die vergangenen beiden Monate betrifft. Die von Herrn Dr. Burger hervorragend gestaltete Sendung «International» vom 1. Dezember zum Thema «Afghanistan» demonstrierte eindrücklich, dass es bei gutem Willen möglich ist, gehaltvoll über Afghanistan zu informieren. Auch ist Radio DRS – im Vergleich zum Fernsehen DRS – eine weitgehend sachgerechte Berichterstattung zu attestieren.

Was jedoch nicht zutrifft und was von Ihnen mit vollem Recht bemängelt wird, ist eine ausführliche Berichterstattung über das Geschehen in Afghanistan im Verlauf der vergangenen fünf Jahre; dies ganz besonders dann, wenn man die Bedeutung Afghanistans und der sowjetischen Invasion in dieses Land berücksichtigt:

– Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg erfolgte hier durch die UdSSR ein direkter bewaffneter Einfall in ein erklärt neutrales, unabhängiges, nicht paktgebundenes Land.

– Der sowjetische Einmarsch zielt nicht nur auf die Eroberung Afghanistans ab, sondern die militärischen Einrichtungen und der Ausbau der Infrastruktur weisen deutlich auf mittelfristige Ziele hin, die direkt unsere Zukunft betreffen: die Energie- (Erdöl-) Versorgung Europas aus dem Mittleren Osten.

– Die durch die sowjetische Invasion ausgelöste Flüchtlingsmassierung in den Nachbarländern ist ohnegleichen seit dem Zweiten Weltkrieg. Wie wenig wird für diese Flüchtlinge getan, und wieviel weniger wird über ihr Schicksal informiert! Wo bleibt hier die «Glückskette»?

– Zum Abschluss noch ein aktuelles Beispiel zur Verhältnismässigkeit der Berichterstattung von Radio DRS: In den Weihnachtstagen wurde in jeder einzelnen Nachrichtensendung über das Verhalten, die Absichten und die Schwierigkeiten der *Winnie Mandela* in Südafrika berichtet – einer einzelnen Frau, deren politische Aktivität selbst bei den schwarzen Südafrikanern nicht unumstritten war. Wo blieben aber zur selben Zeit die ebenso ausführlichen Meldungen über den sechsten Jahrestag der sowjetischen Invasion in Afghanistan? Die Meldungen, die in jeder Nachrichtensendung hingewiesen hätten auf

1 000 000 Tote Afghanen,

7 000 000 Flüchtlinge,

ungezähltes Leid und Menschenrechtsverletzungen in grossem Umfang, wie sie der UNO-Report von Professor *Ermacora* bekannt machte.

Ist dieses Verhältnis *Winnie Mandela* : 8 000 000 Afghanen in der Berichterstattung von Radio DRS wirklich als ausgeglichen – geschweige denn als ausführliche Information über Afghanistan zu bezeichnen?

Von einer wirklich ausführlichen Berichterstattung, die der Bedeutung des Geschehens in Afghanistan angemessen wäre, könnte erst dann gesprochen werden, wenn zumindest an jedem zweiten Tag ein längerer Beitrag über Afghanistan im «Rendezvous am Mittag» oder im «Echo der Zeit» gesendet würde!

Eine solche Intensivierung der Berichterstattung über Afghanistan in Radio und Fernsehen wird jedoch nur dann erfolgen können, wenn von der Öffentlichkeit eine entsprechende Nachfrage besteht und wenn wir, die Hörer und Konzessionszahler, diese Information verlangen, fordern, wollen ... immer und immer wieder!

Hoffen wir, dass wir im neuen Jahr auf eine Fortsetzung der besseren Information über Afghanistan durch Radio DRS zählen können.

Paul Bucherer-Dietschi
Verwalter der Stiftung Bibliotheca
Afghanica, 4410 Liestal

Offener Brief an das Schweizer Fernsehen DRS betreffend Berichterstattung über die Geschehnisse in Afghanistan

In der Tagesschau vom Dienstag, 15. Oktober 1985, 19.30 Uhr, haben Sie, begleitet durch einen zirka 5-Sekunden-Bildausschnitt, auf einen Kurzbeitrag über Afghanistan hingewiesen, den Sie dann in der TV-Spättausgabe ausstrahlten.

Frage: Weshalb räumen Sie dem Thema «Afghanistan» nur eine Rand-Sendezeit ein?

Es sei schwierig, aus Afghanistan die so spärlichen Informationen zu erhalten, bemerkte der TV-Sprecher. Gerade deshalb gehören sie doch in die Hauptausgabe der Tagesschau. Demgegenüber muss aber an die Tatsache erinnert werden, dass sich seit fünf Jahren das «Schweizerische Afghanistan-Archiv» in Liestal, das als Stiftung Bibliotheca Afghanica unter Aufsicht des EDI steht, vergebens bemüht, vorhandene Filmdokumentarberichte über die Vorgänge in Afghanistan – über das Monopolmedium des Schweizer Fernsehens DRS – der Bevölkerung zugänglich zu machen. Diese Dokumente sind dem oben erwähnten Archiv von Leuten anvertraut oder vorgeführt worden, die auf eigene Kosten und unter Lebensgefahr nach Afghanistan reisten, um sich an Ort und Stelle über das Geschehen zu orientieren.

Mit Ihren täglichen Berichterstattungen von entferntesten Kriegsschauplätzen wie Vietnam, Falkland oder Südafrika haben Sie bewiesen, über wie gute Informationskanäle Sie weltweit verfügen. Mit Sicherheit ist Ihnen demzufolge auch nicht entgangen:

– dass seit der Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen im Dezember 1979 über eine Million = 1 000 000 unschuldige Zivilisten umgekommen sind,

– dass – gemäss UNO-Statistik – jeder vierte in der Welt registrierte Flüchtling ein Afghane ist (Ende 1984: 5 010 000), der aus seiner Heimat vertrieben wurde,

– dass die Sowjets von als Spielzeug getarnten Minen bis zu Giftgas alles einsetzen, um die afghanische Bevölkerung zu demoralisieren und zu vertreiben,

– dass von den Sowjets ganze Dörfer vernichtet, Getreidefelder abgebrannt und Bewässerungsanlagen gezielt zerstört werden, um die freiheitsliebende Bevölkerung auszuhungern und zu vertreiben,

– dass wegen dieser gezielten Zerstörung eine unbewohnbare Wüste zurückbleibt – einst Lebensraum von 15 Millionen Afghanen! Das Land ist jedoch für die Sowjets wegen seiner strategischen Schlüsselposition und der reichen Bodenschätze interessant.

– durch Kinderdeportation, Bücherverbrennungen, Vertreibung oder Vernichtung der Intelligenzia, marxistische Indoktrination vom Kindergarten bis zur Universität, Radio- und Fernseh-Propaganda und anderes zerstören, damit das afghanische Volk seine Identität verliert und möglichst bald vergessen wird,

– dass über 5 000 000 afghanische Flüchtlinge von ihren Glaubensbrüdern im benachbarten Pakistan und Iran – unter Aufopferung ihrer eigenen Existenzgrundlagen (Land, Wasser, Nahrung) – aufgenommen und betreut werden.

Mit wahrheitsgetreuer Information – und

nicht mit Propagandafilmen in der Art der am Auffahrtstag gezeigten Sendung «Festung Kabul» muss unermüdlich dazu beigetragen werden, dass den Iranern und Pakistanern nicht dasselbe Unrecht widerfährt, das die Afghanen getroffen hat. Es ist Ihre Aufgabe, über dieses aktuelle Geschehen zu informieren, es nicht durch Still-schweigen zu verschleiern, damit es in Vergessenheit gerät und ad acta gelegt wird, wie dies im Fall der DDR, Ungarns und der CSSR geschehen ist.

Ihre bisherige Afghanistan-Berichterstattung war unverhältnismässig spärlich, um nicht zu sagen skandalös! Wenn Herr Gysling in einem Brief vom 17. Oktober 1985 zu seiner Rechtfertigung schreibt, dass in den vergangenen drei Jahren fünf Rundschau-Berichte zu Afghanistan gesendet wurden und dass die Tagesschau vom 1. Januar bis zum 17. Oktober neun Afghanistan-Berichte (also einen pro Monat) gebracht hat, so ist dies schlicht und einfach das Eingeständnis der Verletzung Ihrer Informationspflicht über einen bewaffneten Konflikt, der nun schon länger als der Zweite Weltkrieg gedauert hat und mit grausamster Brutalität wütet.

Wir fordern Sie deshalb auf:

1. Bringen Sie zur Hauptsendezeit, zwischen 20 und 22 Uhr, zum 6. Jahrestag der sowjetischen Besetzung Afghanistans, das heisst am Freitag, dem 27. Dezember 1985, eine ausführliche und wahrheitsgetreue Sendung über dieses mahnende Ereignis – mit all seinen Folgen.

2. Nehmen Sie öffentlich Stellung dazu, weshalb Ihre bisherige Afghanistan-Berichterstattung trotz der Ihnen angebotenen Informationen weitgehend ausgeblieben ist. Dies geschähe am besten in einem Gespräch am runden Tisch mit ausgewiesenen Kennern der Materie.

Fritz Schatzmann, 5243 Mülligen

Bundesrätlicher Maulkorb für den UNO-Beitritt?

Dem Vernehmen nach hat der Bundesrat von unseren höchsten Berufsoffizieren verlangt, dass sie sich nicht gegen den UNO-Beitritt unseres Landes äussern. Nur befürwortende Referate sollen gestattet sein. Unsere höchsten Kommandanten sollen schweigen müssen. Es obliegt daher den Milizsoldaten, auf wichtige Umstände hinzuweisen.

Nach Art. 25 der UNO Charta (die mit dem Beitritt unseres Landes für uns verbindlich würde) gibt es keine Ausnahmen von der Pflicht, die Beschlüsse des Sicherheitsrates durchzuführen. Das wird in Art. 49 für die Durchführung von Massnahmen ausdrücklich bestätigt. Daran kann auch eine feierliche Neutralitätserklärung, die es nach UNO-Recht gar nicht gibt, nichts ändern.

Nach Art. 41 der UNO Charta kann der Sicherheitsrat die Mitglieder zu Massnahmen auffordern, wie

«vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstigen Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen».

Art. 42 der UNO Charta lautet:

«Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, dass die in Artikel 41 vorgesehenen Massnahmen unzulänglich

lich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Massnahmen durchführen. Sie können Demonstrationen, Blockaden und sonstige Einsätze der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschliessen.»

Artikel 43 lautet:

«¹Alle Mitglieder der Vereinten Nationen verpflichten sich, zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dadurch beizutragen, dass sie nach Massgabe eines oder mehrerer Sonderabkommen dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung stellen, Beistand leisten und Erleichterungen einschliesslich des Durchmarschrechts gewähren, soweit dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.

²Diese Abkommen haben die Zahl und die Art der Streitkräfte, ihren Bereitschaftsgrad, ihren allgemeinen Standort sowie die Art der Erleichterungen und des Beistandes vorzusehen.

³Die Abkommen werden auf Veranlassung des Sicherheitsrates so bald wie möglich im Verhandlungswege ausgearbeitet. Sie werden zwischen dem Sicherheitsrat einerseits und Einzelmitgliedern oder Mitgliedergruppen andererseits geschlossen und von den Unterzeichnerstaaten nach Massgabe ihres Verfassungsrechts ratifiziert.»

Im Klartext heisst das, dass die Schweizer Soldaten nach einem Beitritt unseres Landes zur UNO zum Beispiel zum Dienst im Libanon aufgebeten werden könnten oder dass wir gegebenenfalls den Russen das Durchmarschrecht zum Einmarsch nach Süddeutschland gewähren müssten. Es ist für mich unverständlich, wie eine schweizerische Landesregierung dem Volk empfehlen kann, solche Risiken einzugehen. Hat man vergessen, mit welchem Weh und Ach wir kurz vor dem Zweiten Weltkrieg aus dem Völkerbund wieder ausgetreten sind? Wer die schweizerische Unabhängigkeit wirklich verteidigen will, so dass unsere Anstrengungen als Soldaten auch einen Sinn haben, der muss meines Erachtens am 1. März nein stimmen.

Oberst Willi, 6010 Kriens

Missbrauchtes Forum ASMZ

Zur Kontroverse um den Artikel «Bauern, wichtige Truppengattung der Gesamtverteidigung» (ASMZ Nr. 10/1985, Seite 598).

Oberst H.U. Pfister zeigt sich besorgt über die Versorgungslage der Schweiz. Als Kommandant eines Versorgungsregiments ist er dazu nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Seine Schlussfolgerung treffen Bauern, Grossverteiler und Konsumenten gleichermaßen.

Dass Major aD B. Heinzelmann einer andern Optik huldigt, sei ihm nicht verwehrt. Wenn er jedoch glaubt, Oberst Pfister wegen seines Zivilberufs der Einseitigkeit bezichtigen zu dürfen, so überschreitet er die Grenzen journalistischer Fairness. Vollends unhaltbar ist die Reaktion Heinzelmanns auf Pfisters Forderung an die Grossverteiler, ihr Profritdenken etwas einzuschränken. Das muss ihn geschermt haben. So sehr, dass er einen Bumerang entsandte: Pfisters Bemerkung sei nicht nur falsch und dumm, sondern wider besseres Wissen geäussert worden. Das schlägt zurück. Solche Reaktion verdeckt Schwäche. Muss sich B. Heinzelmann bei seinem Brotherrn, den er ge-

nüsslich beim Namen nennt, profilieren? Oder hat er mit Pfister eine Art Stammesfehde auszutragen?

Kurzum, da hat einer das Forum ASMZ zu einem Schlagabtausch unter Wirtschaftsverbänden missbraucht. Goliath hat auf David geschossen. Und die gleiche Nummer ist Israel gewidmet!

Major W. Höhener, 8702 Zollikon

Eine Anregung

Während des letzten Krieges wurden seitens des Armeekommandos die Schriften «Lehren aus dem Krieg» herausgegeben. Sie orientierten mittels praktischer Beispiele über das Geschehen auf den Kampfplätzen und neueste Entwicklungen.

Jahr für Jahr werden in der Schweiz grössere und kleinere Übungen durchgeführt. Dabei ergeben sich gute und schlechte Beispiele von sagen wir Flussüberquerungen, Bereitstellungen, Bewachungsaufgaben, Ausbau von Verteidigungsstellungen, Tarnungen usw. usw. In anschliessender Manöverkritik werden die Vor- und Nachteile der Lösungen besprochen. Ohr- und Augenzeugen sind in der Regel nur kleine Kreise meist Betroffener.

Meine Anregung: Könnte in der ASMZ, analog der «Lehren aus dem Krieg», eine Rubrik «Lehren aus Manövern und militärischen Übungen» eröffnet werden? Mit der Darstellung einschlägiger Beispiele könnten Teilnehmer an Manövern, insbesondere aber Schiedsrichter betraut werden. Ich würde mir damit eine Aktualisierung Ihrer Spalten, aber auch eine Aktivierung der unteren Grade des Offizierskorps versprechen. Ich bitte Sie um wohlwollende Prüfung.

Diese Anmerkung will in keiner Weise auch nur den geringsten Tadel an Ihrer Schriftleitung aussprechen, im Gegenteil, jede Nummer beeindruckt und interessiert mich. Ich möchte Ihnen und Herrn Oberst Geiger gegenüber Anerkennung und Dank zugleich zum Ausdruck bringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Albert Schoch, 8820 Wädenswil

Stellungnahmen der Redaktoren

Die Idee überzeugt. Sie wurde von der Redaktion schon mehrmals erwogen.

Wenn eine Rubrik eröffnet wird, muss sie regelmässig erscheinen. Dazu braucht es aber Berichterstatter. Es ist nicht einfach, Autoren zu finden, welche die Lehren aus Truppenübungen darstellen wollen.

Rubrikredaktor Ausbildung und Führung
Geiger

Um eine neue Rubrik zu eröffnen, müssten wir über mehr Textseiten verfügen. Unsere finanziellen Mittel erlauben dies nicht. Es bleibt daher als einzige Möglichkeit, «Lehren aus Manövern und Übungen» fallsweise in einer der bestehenden Rubriken erscheinen zu lassen.
Chefredaktor Seethaler

Friedensbewegung und Sowjetpolitik

Man erinnert sich: Als es 1981 darum ging, den Nato-Nachrüstungsbeschluss in die Tat umzusetzen, wandten sich «sontan» zahlreiche Protest- und Friedensbewegungen dagegen, unterstützt von den Sozialistischen Parteien und allem, was noch

weiter links steht. Hinweise, dass mit dem Widerstand gegen die Raketen aufstellung die militärische Übermacht und damit die Weltherrschaftsambitionen der Sowjets verstärkt würden, wurden von den Friedensbewegten als üble Verleumdung gebrandmarkt.

Nun veröffentlichte das Sozialistische Osteuropa-Komitee – dessen linke Gesinnung wohl über jeden Zweifel erhaben ist – eine Stellungnahme der Friedensbewegung Pax Christi Schweiz: «Unsere Strategie neu überdenken.» Daraus zitieren wir (leicht gekürzt):

«Die Protestbewegung gegen den Nato-Doppelbeschluss war vollständig gerechtfertigt. Aber auf diesen Positionen haben unsere Organisationen (das heisst die Friedensbewegten) auch die Arbeit der sowjetischen Diplomatie erleichtert, die ihrerseits nie einen ernsthaften Beitrag zur Verhandlungslösung (!) geleistet hat. Nachdem wir also indirekt das Spiel der Sowjetunion gespielt haben, sollten wir jetzt eine festere Haltung dieser Supermacht gegenüber einnehmen, ohne jedoch in einen simplen Antikommunismus zu verfallen, der der Sache des Friedens in Europa keinesfalls dienlich ist.»

Also: Die Friedensbewegten haben es der

Sowjetdiplomatie leicht gemacht, ihre aggressive Politik zu verfolgen, ohne sich an den Verhandlungstisch setzen zu müssen. Und ungeachtet dieser Erkenntnis wird der freiheitszerstörende Kommunismus so wenig abgelehnt wie die «Supermacht», die ihn gewaltsam zur Weltherrschaft bringen will; man will dieser gegenüber bloss «eine festere Haltung» einnehmen.

Die Freiheit als Menschenrecht und unabdingbares Korrelat des Friedens hat offenbar in den Friedensbewegten weiterhin einen geringen Stellenwert.

Max Keller, 3007 Bern

Des heiligen Aurelius Augustinus' Gottesstaat gegen die Heiden

«Wer auch immer mit mir zusammen die menschlichen Angelegenheiten und ihre gemeinsame Natur betrachtet, erkennt, dass es ebenso niemanden gibt, der sich nicht freuen will, wie es auch niemanden gibt, der nicht Frieden haben will. Weil ja auch solche, die Krieg wollen, nichts anderes wollen als siegen, sie begehren deshalb, mit der Kriegführung zu einem ehrenvollen Frieden

zu erlangen. Was ist ein Sieg nämlich anderes als die Unterwerfung der Widerstrebenden? Wenn dies ausgeführt ist, wird auch Friede sein. Kriege werden daher um des Friedens willen auch von denen geführt, welche die kriegerischen Tugenden mit Herrschen und Kämpfen auszubilden trachten. Es ist deshalb eine feststehende Tatsache, dass Friede das erhoffte Ziel des Krieges sei. Jeder Mensch erstrebt nämlich den Frieden, indem er Krieg führt, niemand aber erstrebt den Krieg, wenn er Frieden schliesst. Denn auch die, welche wollen, dass der Friede, in dem sie sich befinden, gestört werde, wollen lediglich, dass er nach ihrem Gutdünken abgeändert werde. Sie wollen daher nicht, dass nicht Friede sei, sondern lediglich, dass er so sei, wie sie ihn haben wollen. Selbst wenn sie sich von anderen losrennen würden, würden sie das, was sie beabsichtigen, nicht erreichen, wenn sie nicht mit ihren Gefährten und Mitverschworbenen irgend eine Art von Friede einhielten. Daher wollen auch Räuber mit ihren Genossen Frieden haben, damit sie umso heftiger und sicherer den Frieden der anderen bekämpfen können ...»

Mitgeteilt von alt Kkdt Fritz Wille, Gümligen

Gesamtverteidigung und Armee

Zur Rede des Ausbildungschefs

Die Ansprache des Ausbildungschefs, Korpskommandant Roger Mabillard, vom Frühling 1985 vor Instruktionsoffizieren, die Monate später auszugswise bekannt geworden war, hatte Nationalrat Helmut Hubacher, Basel, zu einer Interpellation veranlasst, die der Bundesrat am 2. Dezember 1985 schriftlich beantwortete. Unter Hinweis auf die Fragen des Interpellanten sei die bundesrätliche Antwort hier im Wortlaut wiedergegeben:

Anlässlich eines Rapports der Instruktionsoffiziere vom 4. April 1985 hielt der Ausbildungschef der Armee, Korpskommandant Mabillard, eine nur für interne Bedürfnisse bestimmte Ansprache. Auszüge daraus sind infolge einer Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangt.

Der Bundesrat versteht die Ausführungen des Ausbildungschefs als solche eines Chefs zu seinen Mitarbeitern – einerseits mit dem Ziel, diese zu motivieren und die Bedeutung ihrer Funktion als militärische Lehrer zu erkennen, andererseits sie vor den Risiken improvisierter Kontakte mit Pres-

severtretern zu warnen. Wenn einzelne Formulierungen – vor allem in der deutschen Übersetzung – auch hart und absolut anmuten, drückt der Vortrag des Ausbildungschefs doch in erster Linie das Anliegen eines Vorgesetzten aus, seine Mitarbeiter in ihrem persönlichen Engagement zu unterstützen und die Bedeutung ihres Berufs, der mehr als andere Berufe immer wieder der Kritik ausgesetzt ist, hervorzuheben.

Um die Ausführungen des Ausbildungschefs im richtigen Licht sehen und werten zu können, muss man diese in den Gesamtzusammenhang stellen und gleichzeitig das Wirken und die Verdienste von Korpskommandant Mabillard in ihrer Gesamtheit würdigen. Der Chef des Militärdepartements hat sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Ansprache von einigen wenig geschickten Formulierungen in aller Form distanziert.

Zu den Fragen der Interpellation nimmt der Bundesrat wie folgt Stellung:

Ausbildungskonzept der Armee

Die Grundsätze für die Ausbildung der Armee sind im Dienstreglement festgelegt, das einheitliche Vorschriften für die Führung, Ausbildung, Erziehung und den Dienstbetrieb schafft und die Verantwortlichkeiten und Befugnisse – der militärischen Chefs – ordnet. Das Dienstreglement ist seit 1. Januar 1980 in Kraft. Der Vortrag des Ausbildungschefs steht auch nicht in grundsätzlicher Opposition zu seinem Amtsvorgänger. Solange seine eigenen Vorstellungen mit den offiziellen Vorschriften im Einspruch stehen, muss auch einem hohen Vertreter des Militärdepartements ein eigener Stil zugestanden werden.

Der Bundesrat bedauert die Veröffentlichung eines nur für den dienstlichen Gebrauch bestimmten Referats insofern, als dessen teilweises Bekanntwerden Anlass zu Missverständnissen gegeben hat. Um die

Entwicklung einer angeblichen EMD-Geheimdoktrin hat es sich dabei überhaupt nicht gehandelt.

Informationspolitik des Militärdepartements

Informationspolitik und Informationspraxis des Militärdepartements sind von Offenheit, Bürgernähe und partnerschaftlichem Verhältnis zu den Medienvertretern geprägt. Auch in der Gruppe für Ausbildung wurden alle Massnahmen getroffen, um den Journalisten kompetente Fachleute als Anlaufstelle anzubieten, welche die Bedürfnisse der Information kennen und verstehen. Die aktiven Beziehungen zur Presse sind Angelegenheit dieser Informationsverantwortlichen, die gemäss der vom Departementsvorsteher erlassenen und von den Chefs der Gruppen des Departements angewandten Informationspolitik tätig sind. Die Kader von Verwaltung und Armee informieren nur bei Gelegenheit – im Rahmen ihrer Kompetenzen und nach genauen Richtlinien.

Diese Aufgabenteilung zeigt, dass die Beziehungen zur Presse nicht in erster Linie Sache der Angehörigen des Instruktionkorps sind, wenn es auch vorkommen kann, dass Instruktoressen direkt mit Pressevertretern verkehren müssen. Die diesbezüglichen Ausführungen des Ausbildungschefs können die Informationspolitik des EMD, wie sie von dessen Vorsteher festgelegt wurden, in keiner Weise in Frage stellen. Es kann höchstens festgestellt werden, dass die Ausführungen des Ausbildungschefs zu diesem Punkt insofern unglücklich waren, als sie zu einer gewissen Verwirrung Anlass geben konnten.

Disziplin und Gehorsam

Die Armee kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie kriegstüchtig ist. Als oberstes Ziel der militärischen Ausbildung und Erziehung verlangt die Kriegstüchtigkeit von jedem einzelnen Angehörigen der Armee